

# Alkohol und Gewalt im öffentlichen Raum : was ist zu tun?

Autor(en): **Lauberau, Birgit / Niederhauser, Andrea / Bezzola, Franco**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **SuchtMagazin**

Band (Jahr): **41 (2015)**

Heft 5

PDF erstellt am: **05.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-800814>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Alkohol und Gewalt im öffentlichen Raum: Was ist zu tun?

**Die intensiviere Nutzung des öffentlichen Raums und Alkoholkonsum können zu Konflikten führen. Polizeiangeestellte sehen sich oft mit alkoholassoziierter Gewalt konfrontiert. Eine Herausforderung für die Polizei und für weitere AkteurInnen aus dem Sozial- und Sicherheitsbereich ist das Fehlen anerkannter wirksamer Lösungsansätze. Vielversprechend ist ein breiter Ansatz mit der Kombination verschiedener Massnahmen und einer stärkeren Zusammenarbeit der AkteurInnen.**

## Birgit Laubereau

Dr. med., MPH, Projektleiterin, Interface Politikstudien Forschung Beratung, Seidenhofstrasse 12, CH-6003 Luzern, laubereau@interface-politikstudien.ch, www.interface-politikstudien.ch

## Andrea Niederhauser

Ehemalige wissenschaftliche Mitarbeiterin Interface, Friedentalstrasse 17, CH-6004 Luzern, andrea.niederhauser@gmail.com

## Franco Bezzola

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Hochschule Luzern Soziale Arbeit, Werftrasse 1, CH-6002 Luzern, franco.bezzola@hslu.ch, www.hslu.ch

### Schlagwörter:

Alkohol | Gewalt | öffentlicher Raum | Nachtleben | Polizei |

## Studie zur Sicht von Polizeiangeestellten, ergänzt und vertieft mit weiteren Perspektiven

Im Jahr 2013 wurde im Auftrag des Bundesamts für Gesundheit die Studie «Alkohol und Gewalt im öffentlichen Raum» durchgeführt.<sup>1</sup> Ziel der Studie war es, die Bedeutung von Alkoholkonsum bei Gewalthandlungen im öffentlichen Raum zu untersuchen und solche Gewalthandlungen differenziert zu beschreiben. Die Ergebnisse der Online-Befragung von rund 1'300 Polizeiangeestellten in den Kantonen Bern, Luzern, Genf und der Stadt Zürich geben die praktischen Erfahrungen der Frontdienstmitarbeitenden sowie deren Einschätzung zur Problematik wieder. Die Befragungsergebnisse wurden in leitfadengestützten Interviews mit 19 ExpertInnen aus der Praxis, der Politik, der Verwaltung sowie der Forschung vertieft und durch Perspektiven aus dem Sozial- und Sicherheitsbereich in einen weiteren Kontext gestellt. Zudem wurde eine Analyse der wissenschaftlichen Literatur und der Medienberichterstattung über fünf Monate durchgeführt. Im Folgenden werden ausgewählte Ergebnisse der Studie präsentiert und diskutiert.<sup>2</sup>

## Warum kann die intensiviere Nutzung des öffentlichen Raums zu Konflikten führen?

Der öffentliche Raum wird zunehmend von verschiedenen Personengruppen genutzt, welche mit unterschiedlichen Interessen und Erwartungen aufeinandertreffen (z.B. Anwohnende und Personen im Ausgang). Der Ausbau des öffentlichen

Verkehrs und die erhöhte Mobilität von jungen Erwachsenen, die Verlagerung des Nachtlebens auf die öffentlichen Plätze («Mediterranisierung»), die Eventkultur der letzten Jahre sowie der starke Ausbau der Nachtökonomie haben zu einer intensivierten Nutzung des öffentlichen Raums geführt. Die höhere Personendichte, abnehmende soziale Kontrolle und Alkoholkonsum bergen ein Potenzial für Konflikte.<sup>3</sup> Aus sozialräumlicher Perspektive hängen alkoholassoziierte Gewalthandlungen mit soziokulturellen Faktoren zusammen und sind mitbestimmt von den Erwartungen der Beteiligten an die Orte des Konsums. Frühere Untersuchungen zeigen, dass die Aneignung und Nutzung des öffentlichen Raums soziokulturell beeinflusst ist. So treffen sich bspw. gut situierte Jugendliche in Bars und kostenpflichtigen Clubs, finanziell schlechter gestellte Jugendliche eher auf Schulhöfen und Bahnhofsplätzen. An solchen Orten mit geringer sozialer Kontrolle kann von einem grösseren Konfliktpotenzial ausgegangen werden.<sup>4</sup> Die Polizei und weitere AkteurInnen aus dem Sozial- und Sicherheitsbereich stehen vor der Herausforderung, dem Sicherheitsbedürfnis und anderen Bedürfnissen verschiedener Nutzergruppen des öffentlichen Raums gerecht zu werden.

## Hat alkoholassoziierte Gewalt im öffentlichen Raum zugenommen?

Nach Einschätzung des Grossteils der befragten Polizeiangeestellten (67%) hat die Bedeutung des Alkoholkonsums bei Gewalt im öffentlichen Raum in den letzten fünf Jahren zugenommen. Am meisten betrifft diese Zunahme die Gewaltkategorien Ruhestörungen, Streitigkeiten, Körperverletzungen, Tötlichkeiten und Sachbeschädigungen/Vandalismus. Werden jedoch die von den Polizeiangeestellten erlebten Vorfälle in der Referenzwoche zwischen den Jahren 2013 und 2007 verglichen, ist nur bei den Deliktskategorien Ruhestörung und Streitigkeit eine Zunahme des alkoholassoziierten Anteils zu verzeichnen (+10%).<sup>5</sup> Gewaltdelikte und gewaltbedingte Körperverletzungen insgesamt sind gemäss Daten der Statistik der Unfallversicherung und der polizeilichen Kriminalstatistik nach einem Anstieg in den 1990er Jahren seit 2009 rückläufig.<sup>6</sup> Neuerdings ist auch bei Befragungen im so genannten Dunkelfeld (Fälle, die nicht angezeigt oder administrativ erfasst

wurden) eine markante Abnahme von Gewalterfahrungen bei Jugendlichen im öffentlichen Raum zu verzeichnen. Dieselbe Studie zeigt gleichzeitig einen rückläufigen Trend beim Alkoholkonsum zwischen 2007 und 2014.<sup>7</sup>

Auch die befragten ExpertInnen beurteilen die jüngere Entwicklung inkonsistent. Während einige eine Zunahme konstatieren, finden andere, dass keine substanziellen Veränderungen stattgefunden haben. Viele sind jedoch der Ansicht, dass sich das Konsumverhalten verändert hat und schneller grössere Mengen von Alkohol sowie mehr harter Alkohol und Mischgetränke konsumiert werden. Zudem sind einige ExpertInnen der Ansicht, dass die Schwere von Körperverletzungen, insbesondere im Kopfbereich, zugenommen hat.

### Sind Alkoholkonsum und Gewalt im öffentlichen Raum für die Polizei ein Problem, z.B. bei Grossveranstaltungen?

Die Frage nach der Problemlast von Alkoholkonsum lässt sich nicht pauschal beurteilen, wie sich am Beispiel von Grossveranstaltungen zeigt. 75% der befragten Polizeiangestellten schätzen, dass Alkohol bei Gewalthandlungen an Bar- und Pubfestivals, Sportanlässen und an Feiertagen wie Neujahr eine bedeutsame Rolle spielt. Bei Gewalt im Rahmen von Demonstrationen und Musikanlässen im Freien wird dies nur von der Hälfte der Befragten so gesehen. Eine geringe Rolle spielt Alkoholkonsum bei Gewalt an politischen Anlässen, Musikanlässen in Hallen oder Stadien, grossen Vereinsnähen sowie Volksfesten. Auch das sog. Vorglühen, also Alkoholkonsum bereits vor einer Veranstaltung, wird vor allem bei Sportveranstaltungen sowie Bar- und Pubfestivals als häufig erachtet. Seltener ist dies der Fall bei Feiertagen wie Neujahr, Musikanlässen im Freien und Demonstrationen. Bei politischen Anlässen wird Vorglühen als wenig bedeutend eingestuft.<sup>8</sup>

Aus Sicht einiger ExpertenInnen sind Grossanlässe deshalb problematisch, weil sich viele Personen auf einem engen Raum aufhalten. Dadurch erhöht sich das Konfliktpotenzial und die Gruppendynamik kann Ausschreitungen begünstigen. Andere meinen hingegen, dass sich Grossanlässe nicht wesentlich vom «ganz normalen Wahnsinn» am Wochenende unterscheiden. Betont wird aber, dass die Art der Grossveranstaltung für das Aggressionspotenzial entscheidend ist. Als besonders problematisch gelten Fussball- und Eishockeyspiele, da sie Emotionen schüren und «Feindbilder» generieren können. An vielen anderen Grossveranstaltungen wie bspw. Turnfesten, Musikfestivals oder Strassenfesten wird zwar viel Alkohol konsumiert, es kommt jedoch nur zu wenigen gewalttätigen Auseinandersetzungen. Als mögliche Gründe dafür werden die starke Präsenz von Sicherheitspersonal und die soziale Kontrolle an solchen Anlässen genannt. Zudem sind nach Einschätzung der ExpertInnen die Wertekultur und die Erwartungen, die an einen Anlass gestellt werden, relevant. Wenn bspw. Personen für bestimmte Zwecke mobilisiert werden sollen (z.B. «Tanz dich frei»-Veranstaltung), ist ein höheres Aggressionspotenzial zu erwarten als an geselligen und kulturellen Grossveranstaltungen.

### Welche Lösungsansätze sind vielversprechend?

Vor dem Hintergrund der bedeutsamen Rolle von Alkoholkonsum bei bestimmten Gewalthandlungen im öffentlichen Raum stellt sich die Frage nach geeigneten Lösungsansätzen. Die gegenwärtigen Ansätze lassen sich grob in repressive, regulatorische und präventive Massnahmen einordnen. Repressive Massnahmen zielen auf die Bekämpfung von Strafhandlungen ab, bspw. mit der Erhöhung von Polizeipräsenz. Regulatorische Massnahmen wie die Erhöhung von Alkoholpreisen sollen insbesondere den Zugang zu Alkohol regeln.

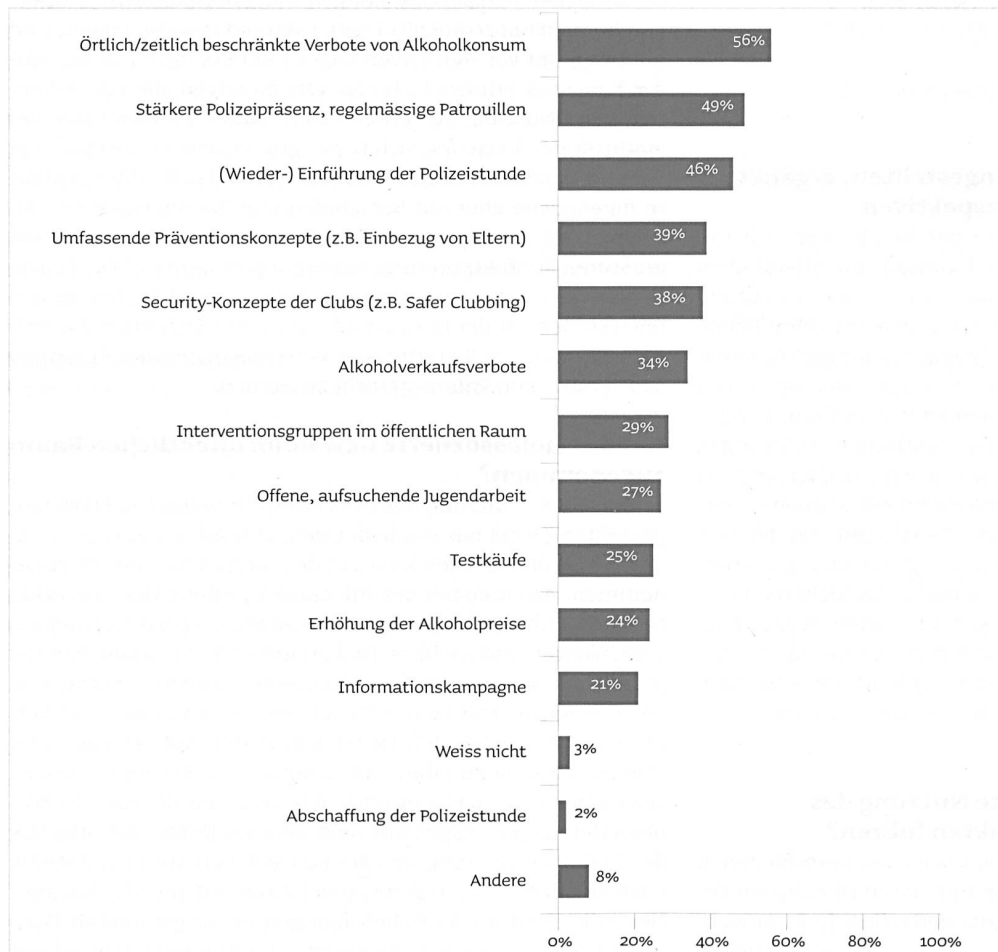


Abb. 1: **Wirksamkeit von Massnahmen zur Verringerung von Gewalt unter Alkoholeinfluss im öffentlichen Raum aus Sicht von Polizeiangestellten.**<sup>9</sup>

Präventive Massnahmen haben zum Ziel, Konflikten und Alkoholexzessen bspw. durch Interventionsgruppen oder Sensibilisierungskampagnen vorzubeugen.

Die Polizeiangeestellten wurden nach ihrer Einschätzung zur Wirksamkeit verschiedener Massnahmen zur Verringerung von alkoholassoziierter Gewalt im öffentlichen Raum befragt. Es zeigt sich insgesamt eine zurückhaltende Beurteilung des Wirkungspotenzials. Am ehesten werden repressiven Massnahmen wie Alkoholkonsumverboten, stärkerer Polizeipräsenz und der Polizeistunde eine mögliche Wirkung zugeschrieben, allerdings nur von höchstens der Hälfte der befragten Polizeiangeestellten. Alle anderen Massnahmen erfahren noch weniger Zustimmung, wobei der Unterschied zwischen der Beurteilung von repressiven und präventiven Massnahmen nicht sehr gross ist.

Auch die befragten ExpertInnen sind insgesamt skeptisch und es besteht kein Konsens über die Wirksamkeit der einzelnen Massnahmen. Dabei sind die divergierenden Beurteilungen nicht, wie erwartet werden könnte, in den einzelnen Professionen und Funktionen begründet. Fachpersonen aus dem Sozialbereich sprechen sich häufig für präventive Ansätze, aber durchaus auch für regulatorische und repressive Massnahmen aus. Personen aus dem Sicherheitsbereich bevorzugen zwar tendenziell regulatorische und repressive Massnahmen, unterstützen aber auch präventive Massnahmen, vor allem im Bildungs- und Informationsbereich.

### Welche Argumente gibt es für oder gegen einzelne Massnahmen?

Die kontroverse Diskussion der Massnahmen in den Interviews mit den ExpertInnen macht deutlich, dass keine einzelne Massnahme einhellig auf Zustimmung stösst. Am klarsten werden von allen ExpertInnen Preiserhöhungen befürwortet, weil bspw. bei Alkopops gezeigt wurde, dass so der spezifische Konsum gesenkt wird. Von einer Person wird aber auf mögliche Verschiebungen und den Anreiz zum Konsum von anderen, billigeren, zum Teil schädlicheren Produkten («Fusel») hingewiesen.

Verstärkte Präsenz und Intervention vor Ort befinden viele der ExpertenInnen als wirkungsvoll. Die Präsenz kann nicht nur durch die Polizei, sondern auch durch andere aufsuchende Dienste wie die SIP, PINTO und Sozialarbeitende gewährleistet werden. Sie dient der Erhöhung des subjektiven Sicherheitsempfindens und ein frühzeitiges Eingreifen kann deeskalierend wirken. Als problematisch wird von KritikerInnen dieser Massnahme gesehen, dass eine starke Präsenz von Sicherheitskräften, z.B. an Grossanlässen, auch Aggression und Gewalt provozieren könne und für viele kein Hinderungsgrund mehr sei, dennoch Gewalt auszuüben. Zu diesem Argument passt ein Ergebnis der Online-Befragung der Polizeiangeestellten, wonach in rund einem Drittel der alkoholassozierten Vorfälle (auch) Gewalt gegen Polizeiangeestellte ausgeübt wurde.

Die Polizeistunde wird von einigen ExpertInnen als effektive Möglichkeit gesehen, um die Auswirkungen der 24-Stunden-Gesellschaft zu durchbrechen und Beruhigung in das Nachtleben zu bringen. Andere befürchten ein steigendes Konfliktpotenzial, weil plötzlich sehr viele Personen gleichzeitig auf die Strasse kommen.

Am umstrittensten sind Verkaufs- und Konsumverbote, sowohl bei Fachpersonen aus dem Sozial- als auch dem Sicherheitsbereich. Befürworter sehen in flächendeckenden Verboten eine wirksame Massnahme. Jugendschutzbestimmungen sollen konsequent umgesetzt, der Kauf und die Weitergabe von Alkohol durch ältere an jüngere Jugendliche verhindert und

in Bars und Läden kein Alkohol an stark Betrunkene verkauft werden. Kritiker von Verboten beziehen sich, neben grundsätzlichen Bedenken zur Einschränkung der persönlichen Freiheit, vor allem auf das Problem von Verlagerungen. Alkohol werde früher eingekauft und gelagert (z.B. in Schliessfächern am Bahnhof) und der Konsum an andere Orte verlegt. Zudem wird die Umsetzbarkeit der Konsumverbote wegen des hohen Personalaufwands für die Durchsetzung des Verbots in Frage gestellt.

Am wenigsten Vertrauen besteht bei den ExpertInnen – in Übereinstimmung mit der Einschätzung der Polizeiangeestellten – in allgemeine Informationskampagnen. Anstelle von flächendeckenden Kampagnen werden aber gezielte Information über Risiken des Alkoholkonsums vor allem von Jugendlichen und jungen Erwachsenen befürwortet.

Lösungsansätze	Pro	Contra
Preiserhöhungen	Wirksamkeit z.B. bei Alkopops erwiesen	Möglicher Anreiz zum Konsum von billigeren, schädlicheren Produkten (Verschiebungen)
Verstärkte Präsenz und Intervention vor Ort, durch Polizei oder andere	Erhöhung des subjektiven Sicherheitsempfindens, frühzeitiges Eingreifen	Starke Präsenz kann auch Aggression provozieren, für viele kein Hinderungsgrund mehr
Polizeistunde	24-Stunden-Gesellschaft durchbrechen und Beruhigung in das Nachtleben bringen	Problematisch, wenn zu einem Zeitpunkt plötzlich sehr viele Personen auf die Strasse kommen
Verkaufs- und Konsumverbote	Beschränkung des Zugangs ist wirksam wenn flächendeckend	Einschränkung der persönlichen Freiheit, Problem von Verschiebungen, Umsetzbarkeit problematisch (hoher Personalaufwand)
Informationskampagnen	Gezielte Information zu Risiken des Alkoholkonsums sinnvoll	Allgemeine Kampagnen nicht wirksam

Tab. 2: Pro- und Contra-Argumente für Lösungsansätze aus den ExpertInnengesprächen.

### Wie wird das Thema in den Medien aufgenommen?

In der analysierten Medienberichterstattung werden meist nur repressive Massnahmen als Lösungsansätze thematisiert. Dabei nimmt die Zuschreibung der Verantwortung für Missstände an bestimmte Personen und/oder Stellen eine zentrale Rolle in der Berichterstattung ein. Dies zeigt sich bspw. an der Kontroverse, welche die öffentliche Fahndung auslöste, die in Folge der «Tanz dich frei»-Veranstaltung am 25.05.2013 in der Stadt Bern durchgeführt wurde. Die hartnäckige Anonymität

der Veranstalter von «Tanz dich frei» verunmöglichte es, in den üblichen Schemen über Lösungen nachzudenken. Insofern ist das grosse Medieninteresse an der «Tanz dich frei»-Veranstaltung zumindest teilweise mit der schwierigen Zuweisung der Verantwortung zu erklären.

### Ist Repression die Lösung im Hinblick auf Alkoholkonsum und Gewalt im öffentlichen Raum?

Unsere Studie verweist auf starken Diskussionsbedarf hinsichtlich wirksamer und machbarer Lösungsansätze. Repressive Massnahmen werden von den befragten Polizeiangestellten, Fachpersonen und in den Medien zwar am häufigsten als Lösungsansätze genannt, deren Wirksamkeit wird aber gleichzeitig in Zweifel gezogen. Wichtige Argumente gegen das alleinige Ergreifen von repressiven Massnahmen sind neben ethischen Aspekten, wie bspw. dem Recht auf Selbstbestimmung, auch praktische Fragen hinsichtlich der Umsetzbarkeit und Durchsetzbarkeit und dem damit verbundenen Personal- und Kostenaufwand. Insgesamt fällt bei der Diskussion der Lösungsansätze auf, dass ein starker Fokus auf dem Jugendschutz liegt. Dies ist insofern interessant und für die Debatte instruktiv, als nur ein kleiner Teil der alkoholbedingten Gewalt im öffentlichen Raum durch Jugendliche verursacht wird.<sup>10</sup>

### Ausblick: Sinnvoll sind die Kombination unterschiedlicher Massnahmen und die Zusammenarbeit verschiedener AkteurInnen

Die Studienergebnisse legen nahe, dass weder regulierende, repressive noch präventive Massnahmen alleine zielführend sind. Erforderlich ist ein breiter Ansatz, der verschiedene Lösungsansätze kombiniert und an der Praxis, den Erfahrungen und am Wissen der unterschiedlichen AkteurInnen anknüpft. Dazu zählt insbesondere die Stärkung der Zusammenarbeit der verschiedenen AkteurInnen im öffentlichen Raum. Hier gibt es bereits einige Ansätze wie die Arbeitsgruppe «Zusammenarbeit zwischen Suchthilfe und Polizei» auf Bundesebene und verschiedene Gremien und Runde Tische auf regionaler und lokaler Ebene.<sup>11</sup> Diese Zusammenarbeit sollte ausgeweitet und um weitere AkteurInnen, z.B. aus der Stadtentwicklung, Raumplanung und der Nachtökonomie, ergänzt werden. ●

### Literatur

- BFS – Bundesamt für Statistik (2013): Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS). Jahresbericht 2012. Neuchâtel.
- Keller, L./Giger, P./Haag, C./Ming, W./Oswald, M.E. (2007): Alkohol und Gewalt: Eine Online-Befragung der Polizeiangestellten im Kanton Bern. Bern: Institut für Psychologie, Universität Bern.
- Lanfrancini, B. (2013): Gewaltbedingte Verletzungen: Aktualisierte Zahlen, Daten der Unfallversicherer nach UVG. Luzern: Sammelstelle für die Statistik der Unfallversicherung UVG (SSUV).
- Landolt, S. (2015): Erweiterung des Nachtlebens in den digitalen Raum. Präsentation an der SuPo-Tagung am 24. Juni 2015 in Biel. [www.tinyurl.com/nb7mey3](http://www.tinyurl.com/nb7mey3), Zugriff 26.08.15.
- Landolt, S. (2011): Trinkräume und Treffpunkte Jugendlicher. Aushandlungsprozesse im öffentlichen Raum der Stadt Zürich. Zürich: Universität Zürich.
- Laubereau, B./Niederhauser, A./Bezzola, F. (2014a): Alkohol und Gewalt im öffentlichen Raum, Forschungsbericht zuhanden des Bundesamts für Gesundheit. Luzern: Interface Politikstudien Forschung Beratung und Hochschule Luzern – Soziale Arbeit. [www.tinyurl.com/pn5khdh](http://www.tinyurl.com/pn5khdh), Zugriff 14.08.15.
- Laubereau, B./Niederhauser, A./Bezzola, F. (2014b): Gewalt im öffentlichen Raum – welche Rolle spielt Alkoholkonsum. SuchtMagazin 40(5): 28-30.
- Ribeaud, D. (2015): Entwicklung von Gewalterfahrungen Jugendlicher im Kanton Zürich. Präsentation an der SuPo-Tagung am 24. Juni 2015 in Biel. [www.tinyurl.com/nhhzyy4](http://www.tinyurl.com/nhhzyy4), Zugriff 26.08.15.

### Endnoten

- 1 Im SuchtMagazin 5/2014 bereits vorgestellt (vgl. Laubereau et al. 2014b).
- 2 Ausführliche Darstellung der Methodik und Ergebnisse siehe Schlussbericht Laubereau/Niederhauser/Bezzola 2014a.
- 3 Ausführliche Darstellung des Hintergrunds siehe Schlussbericht (ebd.).
- 4 Vgl. Landolt 2011. Das 2013 gestartete SNF-Projekt Youth@Night untersucht nun das Ausgehverhalten junger Erwachsener am Wochenende um die Nutzung verschiedener Räume und den Einfluss des Kontextes auf den Alkoholkonsum besser zu verstehen (Landolt 2015).
- 5 Die Polizeiangestellten wurden jeweils gefragt, wie viele Gewalthandlungen welcher Deliktskategorie sie in einer Referenzwoche erlebt haben (die Woche vor Start der Online-Befragung: 17.-23.6.2013 und 11.-17.06.2007).
- 6 Vgl. BFS 2013; Lanfrancini 2013.
- 7 Vgl. Ribeaud 2015.
- 8 In der Befragung 2007 waren 65 Prozent der Polizeiangestellten der Ansicht, dass gewaltbereite Personen bei Sportveranstaltungen fast immer oder in mehr als der Hälfte der Fälle «vorgeglüht» hatten. Vgl. Keller 2007: 36.
- 9 Online-Befragung 2013. Basis sind Angaben von 690 Polizeiangestellten im Frontdienst, Mehrfachantworten möglich.
- 10 Vgl. Laubereau et al. 2014b: 28ff.
- 11 Vgl. Tagung Herausforderungen einer urbanen Schweiz für die Zusammenarbeit von Suchthilfe und Polizei am 24. Juni 2015, [www.tinyurl.com/nvhs365](http://www.tinyurl.com/nvhs365), Zugriff 14.08.15.

## Bücher zum Thema



### Die Familie vom Stadtpark. Lebensgeschichten von Menschen am Rande der Gesellschaft Romina Beeli 2015, Somedia, 76 S.

Menschen am Rande der Gesellschaft erzählen über ihr Leben. Sieben Besucher des Churer Stadtparks berichten über ihr Leben. Sie erzählen von Fehlern und Schuld, von ihren Wünschen und Träumen. Diese Personen haben aus verschiedenen Gründen einfach Pech gehabt, sie wurden enttäuscht und verletzt. Ihre Geschichten beschreiben ein trauriges Leben in der eigentlich reichen Schweiz. Mit berührenden Worten gewähren sie Einblick in ein Leben als Süchtige, in ein Leben als Aussenseiter – und weshalb sie dennoch etwas wie eine Familie sind.



### Sozialraumorientierung in der Jugendhilfe. Theoretische Grundlagen, Handlungsprinzipien und Praxisbeispiele einer kooperativen-integrativen Pädagogik Wolfgang Hinte/Helga Treeß 2014, Beltz Juventa, 242 S.

Im vorliegenden Band werden theoretische Grundlagen, Handlungsprinzipien und konkrete Beispiele im Rahmen kooperativ-integrativer Pädagogik in Projekten der Kinder- und Jugendhilfe beschrieben. Damit liegt erstmals eine systematische Aufbereitung des Sozialraumkonzepts vor. Der Band vermittelt theoretische und handlungsmethodische Grundlagen von Sozialraumorientierung und kooperativ-integrativer Pädagogik und unterstützt Fachkräfte der Jugendhilfe und Sozialarbeit bei der Auseinandersetzung mit den Herausforderungen sozialräumlicher Praxis im Feld. Nicht zuletzt dient er als Diskussionsgrundlage für die weitere Konzept-Debatte zur Modernisierung der Kinder- und Jugendhilfe.